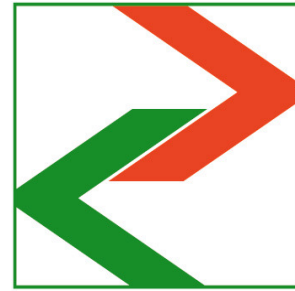




Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)  
Asociación de Regiones Fronterizas Europeas (ARFE)  
Association des régions frontalières européennes (ARFE)  
Association of European Border Regions (AEBR)  
Comunità di lavoro delle regioni europee di confine (AGEG)  
Europæiske grænseregioners Arbejdsfællesskab (AGEG)  
Werkgemeinschaft van Europese grensgebieden (WVEG)  
Associação das Regiões Fronteiriças Europeias (ARFE)  
Σύνδεσμος Ευρωπαϊκών Συνοριακών Περιφερειών (ΣΕΣΠ)  
Stowarzyszenie Europejskich Regionów Granicznych (SERG)  
Ассоциация Европейских Приграничных Регионов (АЕПР)



### ***Ein europäisches Budget für Territoriale Kohäsion (up-date)***

Kohäsion bildet mit mehr als einem Drittel des EU Budgets einen der größten EU Politikbereiche. Übertroffen wird sie nur von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Am 29. Juni 2011 stellte die Kommission ihren Budgetvorschlag, den **Mehrjährigen Finanzrahmen** (MFR) für die Periode 2014-2020 vor. In diesen Zeiten, in denen einige Mitgliedsstaaten vor extremen finanziellen Herausforderungen stehen, ist es wichtig, dass sich die europäische Kooperation auf Politikbereiche konzentriert, die den größten Nutzen bringen sowie einen klaren Mehrwert für die EU haben. Gleichzeitig muss eine vernünftige Förderung aller Gebiete beibehalten werden.

Die AGEG hielt Treffen mit Generaldirektor Dirk Ahner Mitte Juni sowie mit Kommissar Hahn am 18. Juli ab, um erste Eindrücke über diesen Budgetvorschlag auszutauschen. Es hat keine revolutionären Änderungen gegeben, aber einen wachsenden Fokus auf transnationale und interregionale Zusammenarbeit, während grenzübergreifende Zusammenarbeit unter der Relevanz, die makoregionalen Strategien zukommt, leidet, **sofern grenzübergreifende Strukturen und Grenzregionen nicht besser in die Planung regionaler und nationaler makoregionaler Strategien eingebunden werden**. Genau genommen wird das Budget für grenzübergreifende Zusammenarbeit beibehalten oder sogar etwas erhöht, aber der Anteil innerhalb des Ziels Territoriale Kooperation wird sich etwas verringern. Es scheint für einige Abteilungen der Kommission schwierig zu sein, **Bedeutung und Auswirkungen grenzübergreifender Zusammenarbeit** zu verstehen. Dies hängt mit der Schwierigkeit zusammen, klar zu kommunizieren, was in den Grenzregionen geschieht. Auswirkungen der Territorialpolitik sind ein Hauptanliegen der DG Regio und sollten es auch für uns sein. Es ist mehr Sichtbarkeit nötig, und dies sowohl top-down als auch bottom-up

Bei einer steigenden Zahl von Akteuren ist zunehmendes Interesse an **interregionaler Zusammenarbeit** festzustellen. Bisher wurde die thematische Ausrichtung von INTERREG IV C von der Lissabonagenda und der Strategie EU2020 bestimmt, wobei die meisten Projekte aus dem Bereich Innovation und Technologie kamen. Andere häufig vorkommende Bereiche sind KMU und unternehmerische Initiative, Energie, Transportnetzwerke und Klimawandel. Eines der festgestellten Probleme ist der Energieaufwand während des Auswahlverfahrens (hohe Anzahl an Bewerbungen) seitens des INTERREG Managements. Dem steht mangelnder Aufwand bei der Bewertung der Auswirkungen der Projekte gegenüber. In Zukunft wird erwartet, dass den langfristigen Ergebnissen mehr Aufmerksamkeit zukommt, um den europäischen Mehrwert im Rahmen der

regionalen/lokalen Entwicklung zu verdeutlichen, sowie den langfristigen Auswirkungen auf das Leben der europäischen Bürger. Die nächste Programmperiode sollte sich mehr auf die thematischen Prioritäten der Strategie EU2020 konzentrieren und darüber hinaus Themen wie Governance und Aufbau von Verwaltungskapazitäten mit einbeziehen.

In diesem Zusammenhang kommt der urbanen Thematik in der aktuellen Debatte besondere Aufmerksamkeit zu. Sowohl der derzeitige (Dänische) EU-Vorsitz als auch die EU-Institutionen, einschließlich Kommissar Hahn, haben dies hervorgehoben. Die Bedeutung der urbanen Dimension ist nicht strittig (es gibt zahlreiche Beispiele für grenzübergreifende städtische Zusammenarbeit). Gleichzeitig versteht sich die EU Kohäsionspolitik als wichtigstes Element für die Entwicklung von europäischen Gebieten, die eine größere Herausforderung darstellen (ländliche Gebiete, die sich industriell gesehen im Übergang befinden und sich mit einer geringen Bevölkerungsdichte sowie Grenz- und Berggebieten konfrontiert sehen), was in Art. 158 des Vertrags von Lissabon festgeschrieben wurde.

Andererseits scheint es selbstverständlich, dass zwischen Grenzen unterschieden werden muss. Ebenso muss dem Kapazitätenaufbau in vielen Gebieten mehr Bedeutung beigemessen werden. Grenz- und grenzübergreifende Regionen, Euroregionen und andere Strukturen grenzübergreifender Zusammenarbeit sollten den Entwicklungen auf nationaler Ebene große Bedeutung beimessen und versuchen, diese Prozesse zu beeinflussen. Das Gleiche gilt für makroregionale Strategien, die viele grenzübergreifende Aspekte einschließen. Auch sie verdienen die **Aufmerksamkeit der regionalen/lokalen Ebene**. Sowohl die Entwicklungen auf europäischer als auch die auf nationaler Ebene sollten aufmerksam verfolgt werden, denn dies ist ein entscheidender Moment für die Zukunft der grenzübergreifenden Zusammenarbeit in Europa.

Laut Budgetvorschlag der Kommission kommen den Instrumenten der Kohäsionspolitik € 376 Milliarden zu:

- Konvergenzgebiete	€ 162.6 Milliarden
- Übergangsgebiete	€ 38.9 Milliarden
- Wettbewerbsgebiete	€ 53.1 Milliarden
- Territoriale Zusammenarbeit	€ 11.7 Milliarden
- Kohäsionsfonds	€ 68.7 Milliarden
- Spezieller Fonds für periphere und wenig bevölkerte Gebiete	€ 0,926 Milliarden
- Neue Connecting Europe Facility	€ 40 Milliarden

Dies schließt auch € 40 Milliarden für die umstrittene neue **Connecting Europe Facility** (CEF) ein, die ins Leben gerufen wurde, um Investitionen in den Bereichen **Transport, Energie und Informations- und Kommunikationstechnologien** anzukurbeln. Es bestehen jedoch Zweifel hinsichtlich dieses neuen Infrastrukturfonds, insbesondere bezüglich seines endgültigen Managements, auch wenn die Kommission beabsichtigt, es direkt aus Brüssel zu handhaben, um große Investitionen in den Bereichen Energie, Transport und fortgeschrittene Kommunikationsstrategien zu fördern. Einige wichtige Akteure haben sich kritisch gezeigt hinsichtlich der Idee, Finanzmittel aus dem Regionalfonds abzuzweigen, um europäische Netzwerke in den Bereichen Energie, Transport und Infrastruktur zu finanzieren. Wir könnten das CEF unterstützen, wenn sekundäre Netzwerke und grenzübergreifende

Verbindungen in Übereinstimmung mit den beteiligten lokalen und regionalen Behörden sowie in diesen Gebieten aktiven grenzübergreifenden Strukturen geschaffen werden.

Der **Europäische Sozialfonds** (ESF) wird mindestens 25 % des Kohäsionsbudgets ausmachen, ohne Berücksichtigung der Connecting Europe Facility, d. h. € 84 Milliarden.

Die wichtigsten Elemente des vorgeschlagenen MFR im Zusammenhang mit der Kohäsionspolitik sind:

- Verstärkter **Fokus auf Ergebnisse und Effektivität**, mit einem systematischen Link zwischen Kohäsionspolitik und der Strategie EU2020.
- **Neue Vorgaben bzgl. Konditionalität**, um zu garantieren, dass Mittel im Sinne der Europa2020 Ziele genutzt werden, was sowohl die ursprüngliche Mittelzuweisung als auch die Freigabe zusätzlicher Mittel angeht. Die Frage der Konditionalität verbunden mit der Finanzhilfe ist eine weitere große Sorge, da die vorgeschlagenen Vorkehrungen zur Sicherstellung der Auflagenbindung sich recht komplex gestalten.
- Die Einführung der **neuen „Übergangsgebiete“** einschließlich Regionen mit einem BIP pro Kopf von 75-90% des EU-27 Durchschnitts.
- **Partnerschaftsvereinbarungen** zwischen der Kommission und Mitgliedstaaten zur Einbeziehung der nationalen und regionalen Ebene und der Kommission.
- Maßnahmen zur **Verbesserung der Absorbierung der Fonds** durch die Mitgliedstaaten.

Die Policy Fiches zum vorgeschlagenen MFR finden Sie unter folgendem Link:

[http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin\\_fwk1420/MFF\\_COM-2011-500\\_Part\\_II\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk1420/MFF_COM-2011-500_Part_II_en.pdf)

Im Allgemeinen hält die Regionalpolitik ihr **Ziel** aufrecht, **alle europäischen Regionen zu fördern**, und hat ihre Typologie etwas geklärt durch die Schaffung der „**Übergangsgebiete**“ anstelle der komplizierten Thematik der Phasing-in- und Phasing-out-Regionen. Wir sehen keine großen Probleme durch diese Kategorie der „Übergangs“-Gebiete. Das **Europäische Parlament** hat ebenfalls seine Unterstützung gezeigt was die Schaffung der Übergangskategorie für Regionen im Hinblick auf die zukünftige Kohäsionspolitik angeht. Es unterstützt auch teilweise die Konditionalität, eine strengen Überwachung von Unregelmäßigkeiten sowie das System der thematischen Prioritäten.

Was die **Partnerschaftsvereinbarungen** betrifft, haben einige Mitglieder der AGEG bereits ihre große Besorgnis ausgedrückt. Grenzübergreifende Strukturen, die nicht in den Verordnungsentwürfen erwähnt werden, die aber in der alltäglichen grenzübergreifenden Zusammenarbeit eine entscheidende Rolle spielen, sind insbesondere besorgt über nationale Verträge zur territorialen Zusammenarbeit.

Eines der wichtigsten Hindernisse, das noch überwunden werden muss, stellt weiterhin die Einstellung einiger Mitgliedstaaten hinsichtlich des Finanzierungsvorschlags dar, die Sparsamkeit und eine Reduzierung des EU-Haushalts fordern. Dies ist ganz klar ein Fehler, da mehr „nationale“ Investitionen in die EU zu Einsparungen auf europäischer Ebene führen können, aufgrund von durch die Union entwickelten Einsparungen und Synergien, wie Präsident Barroso wiederholt erklärt hat.

Hier ist eine stärkere nationale Lobby der Grenz- und grenzübergreifenden Regionen, Euroregionen, EVTZ und anderer Strukturen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, von Experten und interessierten Personen und Institutionen unerlässlich, um bei den nationalen Regierungen ein Minimum an Bewusstsein für die Belange der grenzübergreifenden Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten, als effektives Instrument für Regionalentwicklung und europäische Integration. Vorliegendes Dokument soll Reaktionen von Mitgliedern der AGEG hervorrufen und ebenso als Grundsatzpapier fungieren, mit dessen Hilfe sie Lobbyarbeit bei nationalen und regionalen Autoritäten betreiben können, zugunsten eines besseren Verständnisses hinsichtlich der Bedeutung einer Aufrechterhaltung der Finanzierung von grenzübergreifender Zusammenarbeit während der nächsten Finanzierungsperiode minimal auf dem bisherigen Niveau.

### ***Entwurf der EU-Verordnung zur Kohäsionspolitik 2014-2020***

Im Oktober 2011 hat die Europäische Kommission eine **Reihe von Verordnungsentwürfen** verabschiedet, die der **EU Kohäsionspolitik 2014-2020** als Rahmen dienen sollen. Die neuen Vorschläge sollen die strategische Dimension der Politik verstärken und garantieren, dass EU-Investitionen sich auf die langfristigen Ziele Europas für Wachstum und Beschäftigung („Europa 2020“) konzentrieren. Wir stimmen dem Vorschlag der Europäischen Kommission im Grundsatz zu und können auch die meisten Anmerkungen des Europäischen Parlaments nachvollziehen. Was unserer Auffassung nach fehlt, ist jedoch der Bezug auf grenzübergreifende Strukturen und ihre Rolle, was die Integration über Grenzen hinweg in europäischen Grenzgebieten betrifft. Anstatt dessen sehen wir ein Besorgnis erregendes Ungleichgewicht zugunsten der urbanen Dimension sowie ein wachsendes Interesse an interregionaler und transnationaler Zusammenarbeit, was Zweifel am Einfluss dieses allgemeinen Ansatzes in zukünftigen grenzübergreifenden Programmen aufkommen lässt.

Wie an anderer Stelle erwähnt, sind die **Partnerschaftsvereinbarungen** zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten ein wichtiges Thema. Sie sollen dazu beitragen, eine Konzentration auf weniger Investierungsprioritäten gemäß den EU2020 Zielen sicherzustellen. In diesem Zusammenhang merken wir vor allem an, dass wir darauf achten sollten, wie sie umgesetzt werden. Sie sollten nicht auf ETZ-Programme anwendbar sein. Die Verordnungsentwürfe legen die Harmonisierung von Regelungen im Rahmen der verschiedenen Fonds fest, einschließlich ländlicher Entwicklung sowie maritimer Angelegenheiten und Fischerei, mit dem Ziel, die Kohärenz der EU-Aktion zu steigern.

Unter folgendem Link finden Sie das gesamte Paket an Verordnungsentwürfen zur Regulierung der Kohäsionspolitik 2014-2020:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/what/future/proposals\\_2014\\_2020\\_en.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/proposals_2014_2020_en.cfm)

Während der Verhandlungen über die zukünftigen Strukturfondsverordnungen zwischen Kommission und Parlament bestand der Hauptstreitpunkt in der **Konzentration auf einige** vorab definierte **Ziele** (die thematischen Ziele), und die Minimalquoten für diese Ziele. Die vorgeschlagenen elf thematischen Ziele der Kohäsionspolitik 2014-2020 sind:

- Forschung, technologische Entwicklung und Innovation
- Informations- und Kommunikationstechnologien

- Wettbewerbsfähigkeit von KMU und Landwirtschaftssektor
- CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft
- Klimawandel
- Umweltschutz
- Nachhaltiger Transport
- Beschäftigung
- Soziale Eingliederung und Armutsminderung
- Allgemein- und Berufsausbildung
- Leistungsfähigkeit der Institutionen und effiziente öffentliche Verwaltungsbehörden

Nach Auffassung des REGI-Ausschusses des Europäischen Parlaments ist dieser Vorschlag zu streng (22.-23. November). Dies steht eigentlich im Gegensatz zu der Tatsache, dass die Kommission zu mehr Flexibilität aufruft, und es kann die Umsetzung der Programme und Projekte vor Ort sehr beeinflussen.

**Makroökonomische Konditionalität** ist eine weitere Quelle der Diskussion, da die Strukturfonds Teil der Lösung sein könnten für Länder mit Haushaltsproblemen. Auch einige andere Punkte sind fraglich, so die Leistungsreserve (5 % des Fonds) oder das „delegated acts“-Verfahren... Themen, die der REGI während der nächsten Sitzungen diskutieren wird. Diese Debatte wurde auch während des Informellen Treffens der verantwortlichen Minister für EU-Kohäsionspolitik (Regionalpolitik), territoriale und Stadtentwicklung geführt, das vom 24.-25. November 2011 in Poznan stattfand. Auch in diesem Rahmen wurde mehr Flexibilität gefordert unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Regionen. Die Position des Ausschusses der Regionen war hier besonders ausgeprägt.

Nicht nur Mitgliedstaaten haben ihre Zweifel geäußert bezüglich des Rates für Allgemeine Angelegenheiten (16. Dezember). Auch MEPs beim REGI-Ausschuss waren skeptisch, was den Vorschlag der Kommission betrifft, **einen Großteil der Förderung aus dem EFRE** (mindestens 80 % für entwickelte und Übergangsgebiete und 50 % für weniger entwickelte Gebiete) **auf drei Kernprioritäten zu konzentrieren:**

- Forschung, technologische Entwicklung und Innovation,
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU und
- Unterstützung bei der Umstellung auf eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft.

Allgemeine Regelungen sind in Ordnung, aber zu viele sich überschneidende Verweisungen auf verschiedene Verordnungen, insbesondere in Hinblick auf festgesetzte Prioritäten, Verträge etc., können das allgemeine Verständnis von Verfahren sehr komplizieren, vor allem was die ETZ betrifft.

Ein minimaler Prozentsatz sollte dem ESF zukommen (25-50 %, je nach Entwicklungsstand der jeweiligen Gebiete).

Nach Auffassung vieler MEPs widersprechen zwingende Quoten von Anfang an der erforderlichen Flexibilität. Sie lehnen mehr thematische Konzentration nicht ab, um die wichtigsten Ziele wie Wachstum und Beschäftigung wahr zu machen. Es ist aber unumgänglich, die Regionen und andere Akteure in die Auswahl der Prioritäten mit einzubeziehen (wie es der Fall ist bei grenzübergreifenden Strukturen). Eine Möglichkeit hierfür wäre, sie in die geplanten Partnerschaftsvereinbarungen mit einzubeziehen, um die Investitionsprioritäten für jeden Mitgliedstaat festzulegen.

Andererseits haben MEPs gefordert, dass der zukünftige gemeinsame strategische Rahmen, der die Investitionsprioritäten und -typen für jedes der thematischen Ziele der Kohäsionspolitik identifizieren soll, nach dem Prinzip der Mitentscheidung verabschiedet werden soll und nicht als delegierter Rechtsakt.

Im Januar und Februar 2012 hat auch eine Offensive einiger euroskeptischer Think Tanks stattgefunden, die der EU Regionalpolitik vorwerfen, Kohäsionspolitik nur zugunsten der am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten zu betreiben (ohne Berücksichtigung von Unterschieden innerhalb dieser Länder und innerhalb der „reicheren“ Mitglieder der EU). Die Mehrzahl dieser Stellungnahmen konzentriert sich auf mögliche „Einsparungen“ für Nettozahler. Neue EU-Mitglieder erhielten mehr Strukturfondsmittel, während Italien, Spanien und Griechenland die größten Verluste hätten.

Auf jeden Fall haben die Auswirkungen und der Ernst der Krise alle Diskussionen beeinflusst, bis hin zum EU-Gipfel am 30. Januar 2012, wo die Notwendigkeit der **Neuprogrammierung des aktuellen Strukturfonds** (etwa € 80 Milliarden) betont wurde, um mehr in Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung (insbesondere in den Bereichen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildung) und Wachstum zu investieren.

In diesem Sinne hat Präsident Barroso vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten nicht zugewiesene Mittel nutzen für:

- einen Jugend in Bewegung-Pakt auf der Grundlage der Idee der Kommission aus dem Jahr 2010 (Erstellung von Plänen für Jugendbeschäftigung, mehr Möglichkeiten zu Ausbildung und Lehre, Förderung von Jugendmobilität und Jobgarantie für Jugendliche, Berufsausbildung innerhalb einer gewissen Zeitspanne nach Beendigung der Schulzeit), sowie mehr Unterstützung von Ländern mit größeren Schwierigkeiten (Spanien, Griechenland, Slowakei, Litauen, Italien, Portugal, Lettland, Irland und Rumänien) durch Aktionsteams der Europäischen Kommission, der Mitgliedstaaten und Sozialpartner.
- Hilfe für KMUs zur Expandierung und Entwicklung, Verringerung des Verwaltungsaufwands und Verkürzung der Übergangsfrist für Verordnungen der Akte für den Binnenmarkt von zwei Jahren auf ein Jahr.

Dieser Vorschlag hat einige starke Reaktionen von MEPs provoziert, nicht inhaltlich, sondern bezüglich der Art und Weise der Umsetzung. Ein erster Kommentar bezieht sich auf die Bezeichnung dieser Mittel als „nicht ausgegeben“. Tatsache ist, dass ein Großteil der formell nicht eingesetzten Mittel bereits Prioritäten der jeweiligen nationalen Programme zugeordnet sind. Hier könnte die Gefahr entstehen, dass Unsicherheiten hinsichtlich bereits verabschiedeter Programme geschaffen werden sowie falsche Erwartungen bei direkten Nutznießern und der öffentlichen Meinung. Die endgültige Entscheidung, ob er seine Programme der neuen Realität anpasst, sollte bei jedem Mitgliedstaat liegen.

Eine in Debatten immer wiederkehrende Frage ist die der **makroökonomischen Konditionalität**, wo es schwierig ist, die Auflagenbindung zu erfüllen. Wir haben dieses Thema intensiv mit anderen Verbänden und dem Ausschuss der Regionen diskutiert, und das Hauptproblem liegt in der Tatsache, dass, während Kohäsionspolitik weniger entwickelten Regionen helfen sollte, diese Makrokonditionalität negative Folgen für sie haben kann, wenn ihre Mitgliedstaaten nicht die im Stabilitätspakt festgelegten Bedingungen erfüllen. Anstatt Wachstum und Beschäftigung zu fördern, wird ein Teufelskreis die Folge sein, um mit den Worten der KPKR zu sprechen. Andererseits sind Wachstum und

Beschäftigung die Hauptziele der Kohäsionspolitik, was laufende Projekte widerspiegeln. Diese Diskussion wird sich noch eine Weile hinziehen, da der Dänische EU-Vorsitz in diesem Semester keine Entscheidung erwartet (der dänische Minister für Europaangelegenheiten Nicolai Wammen war bei seiner Ansprache am 25. Januar 2012 im REGI-Ausschuss sehr eloquent), und das Parlament plant keine Abstimmung vor September, trotz des Aufrufs zu einer öffentlichen Anhörung am 20. März 2012.

**Konditionalität und Auflagenbindung (Cross-Compliance)** sollten besser definiert sein, nicht als zwingende Maßnahmen, sondern ausgerichtet auf die zukünftigen Möglichkeiten einer Vielzahl an Gebieten, die derzeit stark unter der Krise zu leiden haben. Makroökonomische Erwägungen sollten für grenzübergreifende Ansätze nicht maßgebend sein.

Der kürzlich gemachte Vorschlag, 2013 aufgrund des exzessiven Defizits den Kohäsionsfonds für Ungarn teilweise ruhen zu lassen (fast eine halb Milliarde €), scheint eine grundsätzliche Entscheidung zu sein, um makroökonomische Konditionalität in der nächsten Programmperiode auf alle Strukturfonds auszuweiten. Alle politischen Fraktionen im Ausschuss der Regionen haben diesen Vorschlag zurückgewiesen, auch wenn er nur den Kohäsionsfonds betrifft (der zentral verwaltet wird), da er mit Sicherheit Auswirkungen hätte auf LRA, deren Projekte hieraus kofinanziert werden.

Unserer Ansicht nach bringt ein **verstärkter Fokus auf interregionale und transnationale Zusammenarbeit** die Subsidiarität in Gefahr. Andererseits sind wir uns dessen bewusst, dass dies die Konzentration auf gewisse Prioritätsbereiche stärken würde, und auch eine Stärkung der Strategie EU2020 mit besserer europäischer Koordination und eine Vereinfachung der Überwachung des tatsächlichen Einflusses auf die europäische Finanzierung bedeuten würde. Wir stimmen dem allgemeinen Ziel zu, das darin besteht, das **Wachstum zu beeinflussen** (Fokus auf Ergebnisse und Effektivität), was den meisten Mitgliedstaaten Vorteile bringen würde sowie einen deutlichen EU-Mehrwert. Gleichzeitig bliebe eine angemessene Unterstützung aller Gebiete gewährleistet. Wir hoffen auch, dass nationale Ansätze europäische und gebietsbasierte Ansätze nicht überschatten werden. Tatsache ist, dass Mitglieder der AGEG bereits gewarnt haben, dass einige der allgemeinen Bestimmungen im Alltag der grenzübergreifenden Zusammenarbeit nicht realistisch sind.

Was die Verwendung von Mitteln für die Regionalpolitik angeht, wächst die Zahl derer, die vollständigere Kriterien für die Einschätzung von Wohlstand fordern. Das BIP als einziges Kriterium ist überholt. Das UNDP wendet zum Beispiel einen komplexeren (und akkurateren) Index an, um menschliche Entwicklung weltweit festzustellen (Index der Menschlichen Entwicklung). Folglich könnten auch der Status einer Region in den Bereichen Demographie und Gesundheit, Einkommensgefälle, Bildung und Ausbildung, Umwelt und geographische Widrigkeiten in einem angepassten Kriterienkatalog für die Verwendung von Mitteln berücksichtigt werden.

Ein tiefgehender Fortschritt wird in jedem Fall nicht vor der zweiten Jahreshälfte 2012 erwartet. In der Zwischenzeit werden wir die Diskussion unserer wichtigsten Positionen mit interessierten Akteuren weiterführen, ihre Meinungen zusammentragen und interessante Praxisbeispiele identifizieren. Gleichzeitig verfolgen wir die Entwicklungen im Bereich der urbanen Thematik.

